

Südwestwind

Sozialdemokratischer Mitgliederrundbrief Kreis Steglitz-Zehlendorf

April – Mai 2009

Inhalt

Schuldenbremse war das falsche Signal.....	M. Arndt	2
Aus der Bundespolitik.....	K. U. Benneter	3
Konjunkturprogramm Steglitz-Zehlendorf	M. Karnetzki.....	4
Wahlkampf in Steglitz-Zehlendorf	U. Finckh.....	6
Gesine Schwan.....	C. Ihlenburg	8
Deutsch-polnisches Gedenkjahr	M. Karnetzki.....	9
Termine unter	http://www.spd-suedwest.de/termine/	
Gedenken.....		16
Stolperstein für Hermann Clajus verlegt	A. Linde.....	17
Konjunkturpaket II	B. Loth	18
Nachgefragt: Franziska Drohsel	K. Spsychalski.....	20
Gratulation		22
Nachruf Grete Hurwitz	B. Zimmermann.....	23

DIE „SCHULDENBREMSE“ WAR DAS FALSCHES SIGNAL

Der Bundestags- und Europawahlkampf in diesem Jahr wird anders verlaufen als viele von uns vorhersagen. Die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise greifen immer stärker in unsere wirtschaftliche und öffentliche Lebenswelt ein. Diese Themen werden den Bundestagswahlkampf bestimmen.

Es vergeht seit Herbst letzten Jahres kein Tag mehr, an dem nicht neue Meldungen über milliardenschwere Verluste im Banken- und Kreditsystem bekannt werden. Seitdem werden staatliche Unterstützungsleistungen und Bürgschaften in unvorstellbaren Größenordnungen gewährt. Den Zusammenbruch des geldwirtschaftlichen und damit des wirtschaftlichen Systems gilt es zu verhindern. Die extrem hohen Unterstützungsleistungen werden von Bürgerinnen und Bürgern allerdings nur mit großen Missbehagen akzeptiert. Die Frage, die sich aufdrängt: Warum sollen diejenigen mit Steuergeldern gerettet werden, die uns in diese Finanzkrise geführt haben? Und, warum werden keine zeitnahen Unterstützungsleistungen für Opel, Schiesser oder Scheffler gewährt? Hier besteht die Gefahr, dass Tausende ihren Arbeitsplatz verlieren und damit Familien in Existenznöte geraten. Der Zorn gegenüber dieser Ungerechtigkeit ist verständlich. Den Arbeitern in diesen Unternehmen muss geholfen werden, aber die wirklichen Politikkorrekturen müssen an anderer Stelle erfolgen.

Die seinerzeitigen Maßnahmen oder Nichtmaßnahmen einer Europäisierung der Geldpolitik hat die Entwicklung zu einer unkontrollierten Finanz- und Kreditwirtschaft begünstigt. Ein erster Schritt sozialdemokratischer Politik zur Bewältigung der Krise ist, die europäische Finanz- und Kreditwirtschaft endlich mit transparenten und wirksamen Regulierungsmaßnahmen auszustatten, in denen eine staatliche Steuerung der Wirtschaftskreisläufe überhaupt erst wieder möglich wird. Bis heute gibt es immer noch keine angemessenen Regulierungen auf der europäischen Ebene, die die Entwicklungen auf den Finanz- und Kreditmärkten hinreichend beeinflussen könnten. Die Autonomie der EZB – früher der Bundesbank – mag ihren Wert und Sinn für bestimmte Wirtschaftsakteure haben, führte aber letztendlich zu einer Dominanz des geldwirtschaftlichen Systems, in denen sich falsche Blüten (Steuerermäßigung für Hedgefonds und Förderung obskurer Finanzprodukte) entwickelten, die zur Überschuldung ganzer Volkswirtschaften oder letztendlich gar zum Zusammenbruch des geldwirtschaftlichen Systems führen kann.

Der zweite Schritt ist, eine stabile Einkommenspolitik zu befördern. Der Erfolg sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik der letzten Jahre war es, über Steuerensenkungen, Kürzungen bei Sozialleistungen und Förderung der privaten Sparneigung (private Vorsorge) die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhöhen. Das messbare Ergebnis war eine erhebliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit in unse-

rem Land. Angesichts der globalen Wirtschaftskrise, des Zusammenbruchs der Exportmärkte und Zunahme der Arbeitslosigkeit ist dringend eine Umorientierung dieser Politik geboten. Ziel muss es sein, den aufgrund der aufkommenden Rezession in Deutschland sich schnell verschlimmernden Rückgang der Einkommen umzukehren. Denn: Wenn die gesamte Wirtschaft einschließlich der Privathaushalte bemüht ist, Schulden abzubauen oder Vorsorge zu betreiben, dann muss das Handeln von Bundesregierung und Gebietskörperschaften in die umgekehrte Richtung gehen.

Wir werden weitere Programme für die Stützung der realwirtschaftlichen Kreisläufe benötigen. Die politischen Hindernisse, die sich einer derartigen Politik in den Weg stellen, werden gewaltig sein. Die Umorientierung der Wirtschaftspolitik wird schwierig sein; es wird ein langer Atem nötig sein. Auch Konjunkturprogramme werden zuerst nicht die erhoffte Wirkung entfalten, zumindest solange die Banken und Kreditinstitute die Schulden der Vergangenheit nicht abgebaut haben. In dieser Zeit müsste die nationale Finanzpolitik gleichzeitig den Rückgang der Unternehmensinvestitionen verkraften und den Anstieg privater Ersparnisse erreichen. Diese Lücke wird tiefer, je länger die realwirtschaftliche Krise andauert und die Rezession sich verschärft. Die „Schuldenbremse“ war das falsche Signal an die Öffentlichkeit.

DR. MICHAEL ARNDT
Kreisvorsitzender

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

schnell sind wir in das neue Jahr gestartet. Viel Zeit, einmal kräftig durchzuatmen und über die Ziele für 2009 nachzudenken, bleibt uns nicht. Die Folgen der internationalen Finanzkrise für unser Land hatten sogar die selbst erklärten „Wirtschaftsweisen“ völlig unterschätzt. Während in der Union noch gestritten wird, ob Merkel oder Seehofer im Kanzleramt das Sagen haben und ob von Guttenberg ein geeigneter Nachfolger für den völlig überforderten Michael Glos ist, geben wir Sozialdemokraten die Linie vor. Frank-Walter Steinmeier hat gemeinsam mit Peer Steinbrück zwei Konjunkturpakete geschnürt, die Arbeitsplätze sichern und gerade Menschen mit niedrigem Einkommen spürbar entlasten. Einige Ökonomen behaupten jetzt, dass es dank dieser Pakete schon ab Herbst wieder bergauf gehen könnte. Ich will da nicht orakeln und falsche Hoffnungen wecken. Wir haben aber ordentliche Arbeit geleistet und unsere Aufgaben in Regierung und Parlament erfüllt. Jetzt müssen Arbeitgeber und Verbraucher ihren Teil beisteuern, damit die Wende gelingt.

In letzter Zeit häuft es sich, dass Arbeitnehmerdaten in zuvor unvorstellbarer Weise missbraucht werden. Ich habe den Eindruck als gäbe es hier einen Wettlauf nach dem Motto: Wer bespitzelt seine Mitarbeiter am effektivsten? Besonders schlimm ist, dass die krassesten Fälle von Mitarbeiterüberwachung bei halbstaatlichen Unternehmen, wie Bahn und Telekom, ans Licht kamen. Solche Auswüchse

müssen wir stoppen. Dazu novellieren wir im Bundestag das Bundesdatenschutzgesetz. Wir wollen den Arbeitnehmerdatenschutz verbessern und den Betriebsräten effektivere Kontrollrechte einräumen. Ich hoffe, die Union macht da jetzt auf den letzten Metern der Legislaturperiode nicht schlapp.

Diese Zeit birgt viele überraschende Entwicklungen. Wer hätte vor einem halben Jahr gedacht, dass eine Unternehmerin wie Frau Schaeffler, die in der Vergangenheit Ihre Belegschaft vornehmlich nach Gutsherrenart führte, plötzlich vor die Werkstore tritt und dort den Schulterchluss mit den Gewerkschaften sucht. Das hat natürlich auch mit den benötigten Staatskrediten zu tun. Ohne konkrete Zugeständnisse zur Zukunft des Unternehmens und zur Sicherheit der Arbeitsplätze wird es die aber nicht geben können.

All das zeigt: Der Wind dreht. Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung und staatliche Initiativen sind wieder Thema. Nicht nur in den Kantinen der Automobilwerker, sondern auch in den Vorstandskasinos der Deutschland AG. Plötzlich sind die von uns hart erkämpften Konzepte kein hinderlicher Ballast mehr, sondern Zukunftsgarantien für gesellschaftlichen und unternehmerischen Erfolg. Diesen Trend müssen wir mittragen und verstetigen. Neue Stärke für die Mitbestimmung – das ist wenigstens eine gute Entwicklung in der Krise.

Wirklich geärgert hat mich die Entlassung der ehemaligen Kaiser's-Mitarbeiterin wegen angeblicher Unterschlagung

eines Pfandbons. Als Arbeitsrechtler weiß ich, dass die Richterin legal so handeln konnte. Ob das Gericht unsensibel entscheiden musste, darf aber durchaus gefragt werden. Einer Mitarbeiterin nach 31 Jahren Betriebszugehörigkeit wegen eines 1,30-Euro-Pfandbons zu kündigen, ist in keiner Weise nachvollziehbar oder verhältnismäßig. Was zählt, ist, dass wir jetzt gemeinsam mit den Gewerkschaften Lösungen entwickeln, wie derartigen Machenschaften der Garaus gemacht werden kann. Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie waren schon immer ein gutes Team. Die Chancen zu neuer Zusammenarbeit, die sich jetzt bieten, sollten wir nutzen!

EUER KLAUS UWE BENNETER, MdB

KONJUNKTURPROGRAMM IN STEGLITZ-ZEHLENDORF

Die Umsetzung des Konjunkturprogramms der Bundesregierung stand im Zentrum der Arbeit in der BVV in den vergangenen Wochen. Und das wird auch noch einige Zeit so bleiben. Kommunalpolitik macht natürlich mehr Spaß, wenn es etwas zu verteilen gibt. Außenstehende mussten in der letzten Zeit aber den Eindruck gewinnen, dass Kommunalpolitiker von Schwarz-Grün und FDP in Steglitz-Zehlendorf auch dann noch klagen, wenn es in kurzer Zeit richtig viel Geld sinnvolle Investitionen im Bezirk zur Verfügung stehen..

Bereits durch das sogenannte „Plus 50“-Programm des Senats wurden im Dezember im Umfang von 50 Millionen Euro

zusätzliche Mittel für Sanierungsmaßnahmen in Schulen zur Verfügung gestellt. Unser Bezirk bekommt aus diesem Programm über 4 Millionen Euro, die in diesem Jahr der Schulsanierung zusätzlich zugute kommen..

Die richtig große Herausforderung kommt aber erst mit dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung auf den Bezirk zu. 10 Milliarden Euro stellt der Bund 2009 und 2010 im Rahmen des Programms für zusätzliche kommunale Investitionen, vorrangig in die Bildungsinfrastruktur, zur Verfügung. Inklusive des vorgeschriebenen Landesanteils sind das in Berlin über 600 Millionen Euro, davon 196 Millionen Euro für die Schulen. Den Schulen in Steglitz-Zehlendorf kommen aus dem Konjunkturprogramm des Bundes mindestens 10 Millionen Euro zugute.

Das ist viel Geld, das es jetzt schnell in sinnvolle Maßnahmen umzusetzen galt. In überaus knapper Zeit haben Bau- und Schulamt deshalb ein entsprechendes Maßnahmenpaket zur Anmeldung beim Senat erarbeitet, das im Rahmen der Behandlung einer Großen Anfrage unserer Fraktion in der BVV am 18. Februar vorgestellt wurde.

Wer nun aber dachte, alle müssten zufrieden sein, dass mit beiden Bauprogrammen zusätzlich zur Investitionsplanung und dem Schul- und Sportstätten-sanierungsprogramm des Senats wenigstens etwas von dem riesigen Sanierungsstau in den Schulen abgebaut werden kann, sah sich getäuscht. Bereits in der Januar-BVV hatte die Fraktion der Grünen, assistiert von CDU und FDP, die Befürchtung in

den Mittelpunkt der Debatte gestellt, dass die Bauabteilung des Bezirks aufgrund ihrer personellen Situation überhaupt nicht in der Lage sein würde, so viel Geld in den kommenden Jahren zu verbauen. Dafür wurden jedoch in der Zwischenzeit zusätzliche Beschäftigungspositionen im Bauamt geschaffen, die jetzt besetzt werden.

In der Februar-BVV entbrannte die Kritik vor allem an den inhaltlichen Kriterien, die der Senat den Bezirken für die Prioritätensetzung bei den Bauvorhaben in den Schulen gesetzt hat. Denn wenn die zusätzlichen Investitionsmittel für die Schulen genau in einer Zeit fließen, in der in Berlin eine Schulstrukturreform (die Zusammenführung von Real-, Haupt- und Gesamtschulen) umgesetzt werden soll, dann ist es nahe liegend, dass der Senat die Bezirke dazu verpflichtet, bei ihren Bauplanungen diese Schulstrukturreform neben dem Bau von Mensen in Oberschulen vorrangig zu berücksichtigen.

Doch genau daran entbrannte die Kritik von CDU, Grünen und FDP in der BVV. Interessant zu beobachten war dabei, dass es die FDP hier am einfachsten hatte: Die Schulstruktur lehnen wir ohnehin ab, sagten die Liberalen, also lehnen wir es auch ab, Mittel aus dem Konjunkturprogramm für seine Umsetzung auszugeben. Noch konsequenter für die FDP wäre es allerdings gewesen, überhaupt jede Mittelverwendung aus dem Konjunkturprogramm im Bezirk abzulehnen. Schließlich widerspricht die staatliche Konjunkturförderung völlig der wirt-

schaftsliberalen Ideologie der FDP. Aber so viel Konsequenz wollte die FDP dann doch nicht zeigen. Sie beschränkte sich im Ergebnis darauf, die Herausnahme einer Schulinvestitionsmaßnahme aus den geplanten Bauinvestitionen zugunsten einer Straßensanierung (natürlich ohne Straßenausbaubeiträgen) zu fordern.

CDU und Grüne mussten sich schon mehr verbiegen, um nicht zugeben zu müssen, dass unter dem „rot-roten Senat“ einmal etwas Sinnvolles passiert. Die Grünen erklärten, dass sie die Schulstruktureform ja „an sich“ begrüßen würden. Da es aber noch kein fertiges Gesetz dazu gäbe, könne es nicht angehen, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket des Bundes dafür eingesetzt werden, die räumlichen Voraussetzungen für die neue Sekundarschule zu schaffen. Woher dann später die Mittel dafür kommen sollen, darüber machen sich die Grünen, deren Vertreter im Abgeordnetenhaus dem Senat häufig genug eine nicht ausreichend sparsame Ausgabenpolitik vorwerfen, natürlich keine Gedanken.

Die CDU machte es sich noch einfacher. Wie die FDP erklärte auch sie, dass sie die Schulstruktur nicht wolle. Da aber die Anmeldung von Maßnahmen zum Konjunkturprogramm an die Bedingung der Schulstruktureform gebunden sei, hat man sich dann doch durchgerungen, Planungen für deren Umsetzung vorzunehmen, damit der ‚Geldsegen‘ nicht an Steglitz-Zehlendorf vorbeigeht. Motto: Geld stinkt nicht.

Für uns als SPD-Fraktion gilt dagegen: Die Schulstruktureform geht in die

richtige Richtung, um die Vielgliedrigkeit des Schulsystems in Berlin schrittweise zu überwinden und sich des Problems der perspektivlosen Hauptschule endlich anzunehmen. Und mit dem Konjunkturprogramm wird zumindest in gewissem Umfang das getan, was schon lange zur nachhaltigen Belebung der Wirtschaft erforderlich war: die Stärkung der öffentlichen Investitionen. Und wenn beides zusammenkommt, dann ist es logisch, dass beides miteinander verbunden werden muss.

Sicher, der Zeitdruck war und ist hoch. Denn die Baumittel müssen spätestens 2010 vollständig verbaut werden. Bis dahin müssen auch die vielfältigen inhaltlichen Fragen zur Schulstruktureform geklärt werden. Auf beides werden wir als BVV-Fraktion in den kommenden Monaten Acht geben.

MICHAEL KARNETZKI
SPD-Fraktionsvorsitzender der BVV

WAHLKAMPF IN STEGLITZ-ZEHLENDORF

Wir haben uns seit Anfang der neunziger Jahre daran gewöhnt, Steglitz-Zehlendorfer Bundestagsabgeordnete unserer Partei zu haben. Mal über Liste, mal direkt gewählt. Meistens haben wir in der Wahlnacht lange gezittert, ob es die Kandidatin oder der Kandidat direkt oder wenigstens über die Liste schafft. Wenn dann die gute Nachricht kam, waren wir erleichtert und hatten allen Grund zum Feiern: Für eine weitere Legislaturperiode konnten wir uns darauf verlassen, dass ein Wahlkreisbüro mit Bürgersprechstunde zur Verfügung stand, dass wir regelmäßig direkte Berich-

te aus dem Bundestag erhielten, dass prominente Genossinnen und Genossen zu Veranstaltungen unter dem Motto „Fraktion vor Ort“ in den Kreis kamen, dass spezifische Anliegen und Themen aus unserem Kreis in der Bundestagsfraktion zur Sprache gebracht werden konnten. Dieser Erfolg ist uns nicht in den Schoß gefallen, wir haben ihn in jedem Wahlkampf mit Hilfe vieler Engagierter hart erkämpft. Steglitz-Zehlendorf ist von der Sozialstruktur her nicht gerade eine SPD-Hochburg.

Auch dieses Jahr werden wir hart kämpfen müssen, um weiter einen eigenen Abgeordneten im Bundestag zu haben. Selbst wenn wir uns von den derzeitigen Umfrageergebnissen genauso wenig schrecken lassen wie von denen im Frühjahr 2002 oder im Frühjahr 2005: Den Wahlkreis können wir nur holen, wenn wir nicht nur für unsere Partei, sondern auch für unseren Wahlkreiskandidaten Klaus Uwe Benneter als Person werben. Dafür wurde zunächst ein Wahlkampfteam gebildet, in dem die Wahlkreismitarbeiter und –mitarbeiterinnen von Klaus Uwe, der GKV, die Kreisgeschäftsführerin und die gegenüber dem LV als Wahlkampfbeauftragte benannten Personen ihre Arbeit koordinieren. Der GKV und Klaus Uwe Benneter haben mich gebeten, als Wahlkampfbeauftragte meine Erfahrung aus den beiden letzten Bundestagswahlkämpfen und aus der Tätigkeit als Kreiskassiererin einzubringen, und Tom Pröstler gebeten, als mein Stellvertreter dafür zu sorgen, dass neue und kreative Ideen, die für Genossinnen und Genossen, Wählerinnen und

Wähler im Juso-Alter attraktiv sind, nicht zu kurz kommen.

Außerdem gibt es wie in allen Wahlkämpfen eine Wahlkampfkommission, in der zusätzlich die Wahlkampfbeauftragten der Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften vertreten sind. Die Wahlkampfkommission trifft sich seit Ende Februar etwa alle vier Wochen und sorgt dafür, dass einerseits die Aktivitäten auf Abteilungs- und auf Kreisebene möglichst gut abgestimmt werden, andererseits für kreisweite Wahlkampfaktivitäten genug Mitglieder aus den Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften mobilisiert werden.

Ich hoffe darauf, dass möglichst viele von Euch sich entweder in den Abteilungen oder auf Kreisebene aktiv am Wahlkampf beteiligen. Es gibt viele Möglichkeiten:

- Beteiligung an den von den Abteilungen organisierten Infoständen und Veranstaltungen,
- Beteiligung an den Frühverteilungsaktionen an zentralen U- und S-Bahnhöfen im Kreis,
- Abholen von Wahlkampfmaterial in der Müllerstraße bzw. im Willy-Brandt-Haus,
- Beteiligung an der Telefonaktion im Kreisbüro zur Wählermobilisierung
- Mitarbeit im kreisweiten „jungen Wahlkampfteam“
- Beteiligung an Wahlkampfkationen der Arbeitsgemeinschaften
- Mitarbeit beim kreisweiten Sommerfest mit Frank Walter Steinmeier am 26.9.2009

- Beteiligung am „Wahltaxi“ an den beiden Wahlsonntagen, usw.

Vor einem Jahr habe ich auf der Kreisdelegiertenversammlung gesagt, dass ich nicht noch mal als Kreiskassiererin kandidiere, weil ich mehr Zeit für mein friedenspolitisches Vorstandsamt haben möchte. Mir ist aber so wichtig, dass wir weiterhin einen eigenen Bundestagsabgeordneten haben, dass ich noch mal ein halbes Jahr „Doppelbelastung im Ehrenamt“ auf mich nehme. Ich vertraue darauf, dass es vielen von Euch ähnlich wichtig ist wie mir, Klaus Uwe Benneter zum Wiedereinzug in den Bundestag zu verhelfen. Wir haben eine Chance - nutzen wir sie!

UTE FINKH

Kreis-Wahlkampfbeauftragte

GESINE SCHWAN:

ALLEIN IST NICHT GENUG

Am 23. Mai findet die Wahl des Bundespräsidenten statt, aber schon heute ist sie entschieden. Die Mehrheiten stehen fest, Horst Köhler bleibt der Repräsentant unseres Staates. Die Kandidatin Gesine Schwan ist aus unseren Blicken und den Medien verschwunden. Meiner Meinung nach ist damit eine große Chance für notwendige Veränderungen vertan. Wir als Basisorganisation hecheln in Vorbereitungsarbeiten den anstehenden Politikeignissen hinterher. Ist so Demokratie?

Für Demokratie setzt sich Gesine Schwan sehr überzeugend ein. Ich hatte Gelegenheit, unsere Kandidatin anlässlich der Veranstaltung „90 Jahre Frauenwahlrecht“ im Willy-Brandt-Haus zu erleben.

Ihre geduldige, den Menschen zugewandte Kommunikationsform hat mich fasziniert. Mit Sicherheit hätten wir heute einen besseren Stand als Volkspartei, wenn manche unserer Politpromis ihre Fähigkeit besäßen, politische Entscheidungen weiterzugeben.

Um zumindest etwas davon zu erfassen, was sie als erste Bundespräsidentin der Bundesrepublik Deutschland den Bürgern vermittelt hätte, empfehle ich das Buch „Allein ist nicht genug“. Wie es zustande kam, beschreibt die Journalistin Susanne Gaschke im Vorwort. Es ist ein sehr persönliches, informatives und gut lesbares Werk. Wenn diese Erkenntnisse und Botschaften, gepaart mit der Kommunikationsfähigkeit von Gesine Schwan, in die breite Bevölkerung getragen worden wären, hätten sie zum Umdenken, oder zumindest zum Nachdenken anregen können. Auszugsweise sind Inhalte hier aufgelistet:

Standpunkt: rechts und links; Unser Zustand: Ängste, Kommunikation, Demokratie, Verdrossenheit, Mitläufertum; Leben in der Mediendemokratie: Was sich verkauft, Berufsbild Schiedsrichter; Vertrauen ist besser: Sicherheit, Veränderung zum Guten; Das Versprechen: Glaube und Tod; Bildung in dürftiger Zeit: PISA, Hochschulen, Eliten; Familie als kapitalismusfreier Raum: Männer, Frauen, Lebensläufe; Eine neue Kultur der Gemeinsamkeit und Eine verheißungsvolle Zukunft.

Einen Text möchte ich herausgreifen: „Leben mit der Mediendemokratie“. Die Autorin sieht, dass die Gesellschaft die Medien zu immer eigenständigeren politi-

schen Spielern entwickelt und damit zur wichtigsten Orientierungsgröße für Politik macht. Politische Akteure werden nach Medientauglichkeit ausgewählt und politische Inhalte den (in der Regel geringen) zeitlichen und räumlichen Möglichkeiten angepasst. Gesine Schwan vermeidet den Begriff der Manipulation, stellt aber fest, dass Medien und Medienmacher „mit geliehener Macht und geborgtem Einfluss als Sachwalter der Gesellschaft“ fungieren.

Ich bin überzeugt, dass sie den Ruf nach demokratiebewussten journalistischen Profis und nach einem aufgeklärten kritischen Publikum gut in die Menge getragen hätte.

CHRISTA IHLENBURG

Schwan, G. mit Gaschke, S.: *Allein ist nicht genug*. Herder (2007) 220 S.

IN EIGENER SACHE: ETHIK—RELIGION

Vermisst Ihr einen Artikel zum Volksentscheid? Wir sind der Meinung, dass alles schon gesagt wurde. Ihr kennt die offizielle Meinung der Berliner SPD. Die wird von einer breiten Mehrheit in der Partei getragen. Es gibt aber auch eine unüberhörbare Minderheit, die dem nicht folgen will.

Streit kann die SPD derzeit wenig vertragen. Wir wollen keine Tiraden von Rede und Gegenrede auslösen und haben daher nichts im Blatt. Unser Wunsch: Drückt Eure Meinung am 26. April mit dem Stimmzettel aus.

DIE REDAKTION

DEUTSCH-POLNISCHES GEDENKJAHR WAS PASSIERT IN UNSEREM BEZIRK?

Am 1. September jährt sich zum 70. Mal der Tag, an dem mit dem Überfall Deutschlands auf Polen der 2. Weltkrieg begann. Doch während in unserem Nachbarland dieses Datum Anlass für eine Reihe von Gedenkveranstaltungen ist, sieht Bezirksbürgermeister Norbert Kopp (CDU) keinen Sinn darin, gemeinsam mit den polnischen Partnerstädten unseres Bezirks ein angemessenes Gedenken zu organisieren. In seiner Beantwortung meiner Kleinen Anfrage in der Februar-BVV konnte er in der Frage danach nichts anderes als eine „politische Instrumentalisierung“ des Städtepartnerschaftsgedankens sehen. Das „Erinnerungskonzept“ von Schwarz-Grün ist eben nur auf die Selbstbespiegelung gerichtet.

Städtepartnerschaften dienen dem kulturellen Austausch und dem gegenseitigen Verstehen. In der Beziehung von Deutschen und Polen kommt dieser Austausch aber ohne die besondere Erinnerung an die schreckliche Vergangenheit des 2. Weltkriegs nicht aus. Denn nach wie vor sind die Spuren dieser Vergangenheit in Polen allgegenwärtig. Das liegt nicht nur daran, dass beinahe jede polnische Familie Angehörige durch Krieg und deutsche Besatzung verloren hat. Auch nicht alleine daran, dass Polen jahrzehntelang unter den Folgen der Teilung Europas, die die Folge des Krieges war, gelitten hat. Als zentra-

(Fortsetzung auf Seite 17)

10 *Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine/>*

WAHLEN 2009

- So. 26.04. Volksentscheid über die Einführung des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion
- Sa. 23.05. 13. Bundesversammlung (Wahl der Bundespräsidentin bzw. des Bundespräsidenten)
- So. 07.06. Europawahlen, Kommunalwahlen in sechs Bundesländern
- So. 30.08. Landtagswahlen Sachsen, Thüringen, Saarland
- So. 27.09. Bundestagswahlen, Landtagswahl Brandenburg

ABTEILUNG 1, STEGLITZ-ZENTRUM

Vorsitzender: Andreas Kugler,
E-Mail: andreas-kugler@t-online.de;
Homepage: www.spd-steglitz.de.

ABTEILUNG 2, SÜDENDE

Vorsitzender: Rolf Wiegand,
Homepage: www.spd-suedende.de.

ABTEILUNG 3, LICHTERFELDE-WEST

Vorsitzender: Martin Matz,

E-Mail: lichterfelde@martinmatz.de,

Homepage: www.spd-lichterfelde-west.de,

ABTEILUNG 4, LICHTERFELDE-OST UND -SÜD

Vorsitzender: Georg Siebert, E-Mail: Georg.Siebert@spd-online.de, Homepage:

www.spd-lichterfelde-ost-und-sued.de,

12 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine/>

ABTEILUNG 5, LANKWITZ

Vorsitzender: Uwe Stäglin,
Homepage: www.spd-lankwitz.de

ABTEILUNG 6, KRUMME LANKE

Vorsitzender: Hinrich Soehlke,
E-Mail: a.h.soehlke@t-online.de,
Homepage: www.spd-krumme-lanke.de,

ABTEILUNG 7, ZEHLENDORF-SÜD

Vorsitzender: David Scheffel,
E-Mail: davidscheffel@web.de,
Homepage: www.spd-zehlendorf-sued.de.

ABTEILUNG 8, SEENPLATTE

Vorsitzender: Holger Thärichen

ABTEILUNG 9, ZEHLENDORF

Vorsitzender: Andreas Linde,

Homepage: www.spd-zehlendorf.de

14 *Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine/>*

ABTEILUNG 10, DAHLEM

Vorsitzender: Burkhard Zimmermann,

Homepage: www.spd-dahlem.de

AK LEBENSWERTE STADT

Irene Köhne, Detlev Ronnisch (8033748)

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

Vorsitzende: Eveline Neumann

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AFB)

Vorsitzende: Renate Krohm

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR MIGRATION

Vorsitzender: Günther Schulze.

E-Mail: GuentherSchulzeBerlin@gmx.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS

Vorsitzende: Ingrid Reimann

16 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine/>

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTÄNDIGEN (AGS)

Vorsitzender: Wolfgang Kornau,

E-Mail wolfgang.kornau@t-online.de

JUSOS

Clara Luhr (ClaraLuhr@GoogleMail.com)

Tom Christopher Pröstler (tcproestler@spd-zehlendorf.de)

Webpage www.jusos-suedwest.org.

SONSTIGE INTERESSANTE VERANSTALTUNGEN

Fr. 01.05. 09:45 Demonstration des DGB zum Tag der Arbeit. Treffpunkt vor dem DGB-Haus, Keithstr. 1-3, 10787 Berlin.

So. 17.05. Landesparteitag und Landesvertreterversammlung

BÜRGERSPRECHSTUNDEN

- Dr. Michael Arndt, MdA (<http://www.michael-arndt.info>): Do., 15:30 – 16:30, Raum 506, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin oder telefonische Vereinbarung: 833 50 04
- Ulrike Neumann, MdA (<http://www.neumann-ulrike.de/>): bitte telefonisch vereinbaren: 772 79 41

WIR GEDENKEN UNSERER VERSTORBENEN

Abt. 2: Gudrun Isphording, 44 Jahre, Mitgl. seit 1990

Abt. 3: Horst Nienaber, 69 J., Mitgl. seit 1969

Abt. 4: Klaus Hartwich, 69 J. Mitgl. seit 1969

Abt. 6: Erwin Wiese, 94 J., Mitgl. seit 1962

Abt. 7: Erwin Fried, 95 J., Mitgl. seit 1956

Abt. 8: Ingrid Gablenz, 74 J., Mitgl. seit 1973;
Horst Siesslack, 76 J., Mitgl. seit 1967

Abt. 9: Margarete Hurwitz, 87 J., Mitgl. seit 1947



(Fortsetzung von Seite 9)

le Stätte des Holocaust ist Polen durch deutsche Schuld zum größten Friedhof der Menschheitsgeschichte geworden.

Und das ist keineswegs abstrakt oder auf wenige, Symbol für den Holocaust gewordene, Stätten wie Auschwitz beschränkt. Die Spuren dieses größten Menschheitsverbrechens finden sich überall – auch in Poniatoŵa, einer der drei polnischen Partnerstätten unseres Bezirks.

In dieser kleinen Industriestadt in der Woiwodschaft Lublin im Osten Polens (in der, anders als in Kazimierz Dolny und Naleczow, keine touristischen Sehenswürdigkeiten locken) befand sich bis zum 4. November 1943 das von Amon Göth aufgebaute Zwangsarbeiterlager Poniatoŵa.

An das, was an diesem 4. November 1943 dort geschah, erinnert seit dem vergangenen Jahr ein Gedenkstein. Im Rahmen der – zynisch „Erntefest“ genannten – Mordaktion von SS und Polizei wurden hier damals an einem einzigen Tag 14.000 jüdische Zwangsarbeiter aus verschiedenen Ländern Europas erschossen, als das Lager auf Befehl Himmlers liquidiert wurde. Insgesamt kostete die „Aktion Erntefest“ in den Lagern Majdanek, Poniatoŵa und Trawniki innerhalb von zwei Tagen mindestens 42.000 Menschen das Leben. In Poniatoŵa sind nur zwei Überlebende der Exekutionen bekannt. Unter den Opfern befand sich die Familie von Marcel Reich-Ranicki.

Als am 4. November 2008 zum 65. Jahrestag des Massenmords in unserer Partnerstadt Poniatoŵa ein Gedenkstein enthüllt wurde, hatte ich Gelegenheit, im Rahmen einer kleinen Delegation der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin als einziger Vertreter unseres Bezirks an der sehr eindrucksvollen Gedenkveranstaltung teilzunehmen. Die Botschafter aus Israel und Österreich sowie hochrangige Vertreter der tschechischen und der deutschen Botschaft nahmen daran teil. Der Berliner Partnerbezirk von Poniatoŵa hatte leider keine Möglichkeit gesehen, eine offizielle Delegation zu entsenden. Umso wichtiger war es mir, mich der Reisegruppe der Deutsch-Polnischen Gesellschaft anzuschließen. Nicht um etwas „politisch zu instrumentalisieren“, sondern weil Erinnern für mich nicht nur eine schwarz-grüne Alibiveranstaltung ist und weil es zur Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen im besonderen Maße dazu gehört. Überlassen wir dieses nicht der Tochter des deutschen Besatzungsoffiziers, die dem „Bund der Vertriebenen“ vorsteht und für die CDU im Bundestag sitzt!

MICHAEL KARNETZKI

**STOLPERSTEIN FÜR
HERMANN CLAJUS VERLEGT**

Wer Geschichte verstehen will, kann sich nicht nur an die großen Linien halten, sondern sollte auch den einzelnen Menschen sehen, in dem sich die Zeit spiegelt. Mit dem Projekt „Stolpersteine“ des Künstlers Gunter Demnig wird

an die Opfer der Nazis erinnert. Jeder von uns kennt die kleinen Messingplatten mit den Namen von Verschwundenen. Inzwischen wurden etwa 17.000 Steine verlegt. Auf diese Weise sind Mahnmale entstanden, die eine besondere Wirkung entfalten, weil sie eine Verbindung zu den heutigen Bewohnern eines Hauses, einer Straße oder eines Ortes herstellen.

Am 7. März 2009 wurde vor dem Haus Schützallee 45 ein Gedenkstein zum Andenken an Hermann Clajus (1881-1933) ins Pflaster eingelassen. Er schloss sich 1904 der Sozialdemokratie an, war aktiv in der Körperkulturbewegung, wurde Berliner Stadtverordneter. Sein Lebenswerk war das Strandbad Wannsee, dessen Direktor er nach jahrelangem Engagement 1924 wurde. Als er erfuhr, dass er abgesetzt und verhaftet werden sollte, nahm er sich am 18. März 1933 in seinem Dienstraum im Strandbad das Leben.

Die SPD Zehlendorf hat als offizielle Patin die Finanzierung des Steins übernommen, dessen Verlegung vom Verein Aktives Museum e.V. begleitet wurde. Die Einweihung fand am 7. März 2009 statt.

ANDREAS LINDE

KONJUNKTURPAKET II UND WAS DANN?

Seit mehr als einem halben Jahr dreht die Konjunktur in Richtung Rezession. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise schlagen sich bereits auf die Wirtschaft und die Arbeitsplätze in Berlin massiv

nieder. Der Export bricht ein, die Kreditvergabe an die Betriebe wird restriktiver.

Die Bundesregierung hat gigantische Rettungsprogramme beschlossen, was richtig ist. Trotzdem stellen sich uns dringende Fragen, die zur Zeit niemand beantworten kann:

- Wer muss das am Ende bezahlen ?
- Wie lange kann noch an die zunehmende Zahl von Menschen ohne Arbeit Arbeitslosengeld gezahlt werden?
- Werden die Rentenkassen reichen?
- Wann ist die Krise überwunden?
- Wie kann verhindert werden, dass sich die Krise wiederholt?

Eines wissen wir bereits jetzt: Die Krise wird sich wiederholen, wenn wir nicht eine grundlegende Kehrtwende in unserer Wirtschaftspolitik durchführen. Jeder kann sehen, dass sich die Märkte nicht selbst stabilisieren und regulieren können. „Finanzmärkte bedürfen der politischen Gestaltung – im Zeitalter der Globalisierung auch über nationale Grenzen hinaus“ (Zitat aus unserem Grundsatzprogramm). Wir brauchen international abgestimmte Regeln für die Finanzmärkte, aber müssen bei uns zuerst anfangen, und zwar sofort.

Entscheidend sind dabei mehr Transparenz und Regulierungen. Wir müssen wirksame Regeln setzen und durchsetzen. Wir brauchen eine konsequent durchgesetzte persönliche Haftung der Verantwortlichen und eine stärkere Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden. Die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen gestärkt werden.

Die Krise können wir nur überwinden, wenn wir die Binnenwirtschaft langfristig deutlich stärken. Zur Stärkung der Binnenwirtschaft benötigen wir ein nachhaltiges Zukunftsinvestitionsprogramm. Die öffentliche Investitionsquote liegt in Deutschland mit 1,8% des Bruttoinlandsprodukts weit unter dem europäischen Durchschnitt (2,4%). Die Folge ist ein katastrophaler Zustand der öffentlichen Infrastruktur. Diese Politik muss grundlegend verändert werden. Eine moderne, sozial gerechte und leistungsfähige öffentliche Infrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für mehr qualitatives Wachstum und Beschäftigung und damit die Voraussetzung für eine erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Nur so lösen wir sozial und ökologisch sinnvolle Wachstumsimpulse aus und schaffen zusätzliche Arbeitsplätze. Ein solches Zukunftsinvestitionsprogramm verbindet die binnenwirtschaftliche Stärkung mit einer besseren Versorgung der Bevölkerung. So wird die Daseinsvorsorge nachhaltig ausgebaut.

Um die Binnennachfrage zu stärken, brauchen wir auch den gesetzlichen Mindestlohn. Hierdurch werden die Kaufkraft gestärkt und neue Arbeitsplätze geschaffen. Das von der Bundesregierung beschlossene Konjunkturpaket II ist ein richtiger Anfang. Diese kurzfristige Konjunkturstütze wird aber nicht ausreichen. Das im Konjunkturpaket II verabredete Investitionsvolumen ist hierfür zu gering, und die Steuerentlastungen sind der falsche Weg.

Die Finanzierung eines nachhaltigen Investitionsprogramms kann nur durch

eine dauerhaft höhere Besteuerung größerer Vermögen und Erbschaften, höherer Einkommen und Unternehmensgewinne erfolgen. Damit wird auch der Zustrom von Geld auf die Finanzmärkte vermindert. Es bleibt mehr Einkommen für die Beschäftigten und löst eine stärkere binnenwirtschaftliche Nachfrage aus. Richtig und ein erster Anfang ist, dass durch das Konjunkturpaket II vor allem Länder und Kommunen zusätzliche Mittel für die überfällige Sanierung öffentlicher Gebäude, wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser, erhalten.

Jetzt muss das Geld zügig verteilt und das von der Bundesregierung vereinbarte Vergabeverfahren genutzt werden, damit Aufträge auch in Städten und Kommunen rasch arbeitnehmer- und mittelstandsgerecht erteilt werden können. Wichtig ist dabei aber, dass bei aller Eile die öffentlichen Auftraggeber sicherstellen, dass Tarifverträge eingehalten und sittenwidrige Löhne bekämpft und verhindert werden. Die Vergabe öffentlicher Aufträge an untertariflich zahlende Billigstanbieter – wie dies leider zur Zeit häufig geschieht – ist der falsche Weg. Der DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg und die Einzelgewerkschaften der Region sowie der Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg sind darin einer Meinung. Derzeit befindet sich die Bauwirtschaft im Gegensatz zu den Nachbarstaaten in einer seit Jahren andauernden und nicht gekannten Talfahrt. Gründe hierfür sind u.a. eine Vergabe ausschließlich über den Preis und - als Konsequenz - ein Wettbewerb über die niedrigsten Lohnkosten.

Die hieraus resultierende negative Preis-Lohn-Spirale hat nicht nur zur Vernichtung von bundesweit ca. 500.000 Arbeitsplätzen und zu einem Boom von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit geführt, sondern darüber hinaus die Kompetenz und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Bauwirtschaft massiv geschädigt, was wiederum die Qualität des Bauproduktes beeinträchtigt. Im Ergebnis ist hier also eine „lose lose situation“ entstanden.

Leider hat der Europäische Gerichtshof im April 2008 die Festlegung von Mindestlöhnen nur dann akzeptiert, wenn sie bundesweit gelten. Dieses Urteil ist ein schwerer Rückschlag für den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohndumping. Das Berliner Vergabegesetz, das erst im März 2008 vom Abgeordnetenhaus beschlossen wurde, muss jetzt novelliert werden. Bis dahin dürfen die Vergabestellen, die öffentliche Aufträge des Landes Berlin an private Unternehmen vergeben, das geltende Landesgesetz nicht anwenden. Der Bundestag hat am 19. 12. 2008 die Vergaberechtsnovelle angenommen. Am 13. 2. 2009 hat der Bundesrat dieser ohne Änderungen zugestimmt. Zum Thema Tariftreue ist im Gesetz keine Regelung getroffen und damit auf Bundesebene die Chance der entsprechenden Regelung verpasst worden. Unser Ziel sollte eine Veränderung des Vergabegesetzes sein, das auch die Tariftreue regelt. Wir müssen außerdem gegenüber der EU-Kommission in Brüssel aktiv werden und eine arbeitnehmerfreundliche Re-

form der europäischen Entsende-Richtlinie und die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns fordern.

Lohndumping gefährdet die Solidarität in Deutschland und Europa. Das Vergabegesetz ist ein erster Schritt zur notwendigen politischen Rahmgestaltung, die den Menschen soziale Sicherheit bietet, ohne neue Grenzen zu errichten. Das im Gesetz verankerte „Baustellen-Prinzip“ sichert den fairen Wettbewerb in der Region, da der Ort der Leistungserbringung als Maßstab gilt. Damit sind die Tarifbedingungen für alle Wettbewerber identisch.

Die EU ist mehr als ein Markt und eine Währung, deshalb muss dem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt und der Währungsunion endlich eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik folgen, um die Einhaltung von Tarifstandards auch auf europäischer Ebene zu sichern. Die soziale Dimension des Binnenmarkts wird so ein Stück weit gefestigt. Der Wettbewerb in der Gemeinschaft darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen werden.

BARBARA LOTH

NACHGEFRAGT: FRANZISKA DROHSEL

Geb. 1980 in Neukölln; Abitur am Lilienthal-Gymnasium; Jura-Studium an der Humboldt-Universität. Seit 2007 Bundesvorsitzende der Jungsozialisten.

Frage: Du bist in Steglitz aufgewachsen und zur Schule gegangen, wohnst jetzt in Kreuzberg. Gibt es außer familiären

noch andere Beziehungen zum alten Kiez?

Antwort: Ja, ich habe noch zahlreiche Freunde in der Gegend, und meine politische Heimat in der SPD ist noch immer der Kreis Steglitz-Zehlendorf. In der Abteilung 5 – Lankwitz – bin ich ja Mitglied.

Lässt sich Dein Studium an der Humboldt-Uni mit den Aufgaben als Bundesvorsitzende der Jusos zeitlich vereinbaren?

Das ist schwierig, aber es gelingt – mal mehr, mal weniger. Die Arbeit an der Dissertation gibt einem die Möglichkeit der freien Zeiteinteilung.

Und worüber schreibst Du?

Thema ist die Vereinbarkeit von betrieblichen Bündnissen mit der Koalitionsfreiheit.

Erhältst Du für Deine Tätigkeit als Jusos-Vorsitzende ein Entgelt?

Der Juso-Vorsitz ist ein Ehrenamt, aber ich bekomme Reisekosten etc. erstattet und darüber hinaus eine Aufwandsentschädigung.

Kannst Du Dir vorstellen, Berufspolitikerin zu werden?

Ich möchte gern immer politisch links aktiv sein, aber an welcher Stelle, ist offen. Ich möchte auf jeden Fall mein zweites Staatsexamen machen und würde gern als linksorientierte Anwältin arbeiten.

Was waren seit der Wahl als Vorsitzende der Jusos Deine interessantesten politischen Erlebnisse?

Am interessantesten sind die vielen Gespräche bei den verschiedenen Veranstaltungen: Man lernt unterschiedliche Lebensrealitäten kennen und erfährt, wie die Menschen damit umgehen.

Die SPD hat immer verloren, wenn sie nicht geschlossen auftrat. Gibt es bei den Jusos ebenfalls Grummeln, z. B. über die Linksorientierung?

Es gibt auch bei den Jusos einen Teil, der diese politische Richtung nicht unterstützt, aber die Mehrheit im Verband unterstützt sie. Kontroverse Debatten und plurale Meinungsvielfalt finde ich in einem politischen Jugendverband gut und notwendig.

Der Auf- und schließlich Rücktritt von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos wird allgemein als Steilvorlage für die Sozialdemokratie gewertet. Hast Du den Eindruck, dass sie mehr Wirtschaftskompetenz aufweist?

Die derzeitige Wirtschaftskrise zeigt ganz klar, dass der Marktradikalismus gescheitert ist. Die sozialdemokratische Antwort darauf muss sein, dass dieser Wirtschaftsordnung soziale Regeln gegeben werden muss. Dafür muss die Sozialdemokratie stehen.

In den Medien wirst Du zwar relativ häufig zitiert. Wie schätzt Du Deinen politischen Einfluss bzw. den der Jusos im Allgemeinen ein?

Als Jusos sind wir darauf angewiesen, dass wir für unsere Forderungen Bündnispartner gerade auch in der SPD finden. Wenn das gelingt, wie z. B. bei der

WIR GRATULIEREN ALLEN GEBURTSTAGKINDERN, INSBESONDERE IN DER

- Abt. 1:** 10.4. Rudolf Conrad, 81 Jahre; 28.5. Annegret Fritzsche, 70 J.
- Abt. 2:** 6.4. Fritz Gras, 84 J.; 19.4. Carl Klaußner, 75 J.; 27.5. Harry Webenow, 86 J.
- Abt. 3:** 3.5. Henryk Skrzypczak, 83 J.; 13.5. Peter-Ludwig Mengel, 75 J.; 13.5. Margot Reichelt, 70 J.
- Abt. 4:** 7.5. Margit Seidel, 84 J.; 9.5. Gisela Krien-Kummrow, 84 J.; Hartmut Roeder, 70 J.; 16.5. Lydia Lehmann, 85 J.
- Abt. 5:** 1.4. Wolfgang Baumann, 70 J.; 13.4. Edgar Haack, 80 J.; 19.4. Karl-Heinz Gohlke, 81 J.; 23.4. Kurt Philipp, 80 J.; 15.5. Harry Liehr, 82 J.; 28.5. Erna Behrendt, 88 J.
- Abt. 6:** 1.4. Ursula Strich, 85 J.; 14.4. Walter Godenschweger, 81 J.; 17.5. Elsa Ruess, 89 J.; 24.5. Nils Diederich, 75 J.
- Abt. 7:** 14.4. Holger Rebehn, 70 J.; 19.5. Herbert Limann, 83 J.
- Abt. 8:** 9.4. Joachim Hinkelmann, 70 J.; 18.4. Lothar Kannenberg, 75 J.; 24.4. Erich Helbing, 83 J.; 5.5. Ingeborg Giese-Wellmann, 85 J.; 11.5. Werner Lippstreu, 84 J.; 18.5. Albrecht Schultz, 81 J.; 22.5. Karl Heinz Wattenberg, 80 J.; 28.5. Walter Fahle 83 J.; Günter Schröder 80 J.
- Abt. 9:** 3.4. Gerhard Dörfer, 80 J.; 9.4. Ingrid Kounadis, 70 J.; 19.4. Dieter Kreuter, 83 J.; 23.4. Helmut Pankau, 75 J.; 25.5. Irmgard Haase, 87 J.
- Abt. 10:** 22.4. Wolfgang Storch, 81 J.; 24.4. Arno Spitz, 89 J.
-

Bahnprivatisierung, kann es auch gelingen, Einfluss zu nehmen.

Was empfehlst Du der SPD, um ihre Chancen bei den bevorstehenden Wahlen zu verbessern?

Die SPD muss glaubwürdige Konzepte für die Neugestaltung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse entwickeln, um einer erneuten Krise vorzubeugen und der sozialen Ungleichheit zu begegnen. Sie muss im Wahlkampf die soziale Alternative darstellen.

Was unternehmen die Jusos, um der wachsenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken?

Die Mitgliederentwicklung bei den Jusos ist positiv, aber wir wünschen uns, dass mehr Frauen, mehr Azubis und mehr Menschen mit Migrationshintergrund bei uns aktiv werden. Wir versuchen deutlich zu machen, dass Politik nicht heißt, mit dem Aktenkoffer durch den Bundestag zu rennen, sondern mit Gleichgesinnten gemeinsam zu versuchen, das, was einen stört, zu verändern. Mein Eindruck ist, dass die jungen Menschen nicht unpolitisch sind, sondern von den etablierten Parteien enttäuscht.

Die Fragen stellte **KLAUS SPYCHALSKI**

NACHRUF GRETE HURWITZ

Die Genossin Margarete Hurwitz (zuletzt Zehlendorf) ist nach langer schwerer Krankheit mit 87 Jahren verstorben. Sie stammte aus einer uralten Zehlendorfer sozialdemokratischen Familie. Über ihren antifaschistischen Widerstand hat sie nie viel geredet, aber dafür umso mehr getan: Sie betätigte sich im Widerstand, indem sie in Zehlendorf Netzwerke schuf bzw. aufrecht erhielt: illegal Schriften sowie Termine weitergab. Und indem sie sich beispielsweise um Annedore Leber kümmerte, als dieser, nach der Verhaftung von Julius Leber, die Kinder weggenommen wurden. Das tat Grete einfach, ohne viel Gewese drum zu machen. Nach dem Krieg kümmerte sie sich um Freunde, die aus dem Exil nach Deutschland zurückkehrten.

Gretes Eltern waren sowohl im sozialdemokratischen Widerstand in Zehlendorf aktiv als auch nach 1945 politisch tätig.

1945 lernte Grete ihren Mann Harold Hurwitz kennen, der mit den Amerikanern nach Berlin kam, hier in den „Zehlendorfer SPD-Adel“ einheiratete und blieb. Harold arbeitete in der Senatskanzlei, war enger Mitarbeiter von Willy Brandt. Auch hat er sich wissenschaftlich engagiert und auch wichtige Bücher über die Urabstimmung der Berliner SPD verfasst. Grete hat ihrem Mann bei seiner Arbeit und bei seiner beruflichen Karriere den Rücken freigehalten.

Grete konnte immer gut und sehr geduldig zuhören, manchmal schon zu sehr. Sie war immer politisch, wollte sich nie tiefer engagieren, da sie immer äußerst misstrauisch gegenüber Karrieristen war und blieb, welche die Partei nur als Sprungbrett benutzen.

Grete blieb immer ein bescheidener Mensch, dafür aber konsequent.

BURKHARD ZIMMERMANN

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Südwest e.V.

Unser nächster

**Bücherbasar,
Trödel sowie
Verkauf der Retro-Mode**

findet statt an den

**Sonntagen, 19. April und 17. Mai, 10–16 Uhr
in der Osdorfer Str. 121, 12207 Berlin.**

Die angebotenen (gebrauchten) Bücher sind Spenden, der Erlös wird für die soziale Arbeit der AWO Südwest e.V. verwendet. Buchspenden sind erwünscht und werden auch abgeholt.

Wir laden Sie ein, sich bei Kaffee und Kuchen ihrem Hobby – dem Buch – zu widmen und in unseren „Trödelstuben“ zu stöbern.



Regionalbüro Steglitz-Zehlendorf

Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Öffnungszeiten:

Mo + Do 10–14h und Fr 14–18h.

Telefon: 766 79 854,

Fax: 766 79 856

E-Mail:

steglitz-zehlendorf@spd-berlin.deWeb: www.spd-suedwest.de**Nächste Ausgabe****Redaktionsschluss** für Nummer 41(Juni – Aug. 2009) ist am **6. 5. 2009**.

Genossinnen und Genossen, die einen Beitrag veröffentlichen möchten, bitte bis zum Redaktionsschluss in digitaler Form einreichen: per E-Mail an

sww@suedwest.spd-berlin.de. Textforma-

te: txt (ohne Zeilenumbrüche) oder doc

(MS-Word).

Bürgerbüro des Bundestagsabgeordneten**Klaus Uwe Benneter**

Schildhornstr. 91, 12163 Berlin,

Telefon 818 20 878. E-Mail:

klaus-uwe.benneter@wk.bundestag.deWeb: <http://www.benneter.de>Bundestagsbüro: Unter den Linden 50,
10117 Berlin,

Telefon 227 77 174, Fax 227 76 174

Impressum**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei

Deutschlands, Kreis Steglitz-Zehlendorf

V. i. S. d. P.: Lutz Ihlenburg c/o SPDSteglitz-Zehlendorf, Thaliaweg 15, 12249
Berlin**Redaktionsteam:** Dr. Lutz Ihlenburg,
Klaus Spychalski.**Druck:** Robert Podzuweit, 721 61 73

Der Südwestwind im Internet: <http://www.spd-suedwest.de/sww>

Die Online-Ausgabe enthält keine parteiinternen Daten und Termine.
